

Albert Reinhardt, Zempiner Steig 10, 13 503 Berlin

Quartiersmanagement

Koloniestraße 129

13 359 Berlin

Donnerstag, 5. Juli 2001

Änderungs-Antrag an den Quartiersfonds Soldiner Straße

WEITE WELT & WILDER WEDDING

(1.Antrag vom 08.06.2001)

Neu: "Bürgerstiftung"

Sehr geehrte Damen und Herrn der Bürgerjury und des Quartiersmanagements Soldiner Straße,

Nach dem Senatswechsel und vor dem drohenden Finanzdesaster des Landes Berlins, muss auch das Quartiersmanagement sich die, (wenn vielleicht auch undiplomatische) Frage gefallen lassen:

„Wer organisiert hier wessen Interessen? – auf wessen Kosten?“

Es geht mir nicht darum, gegenüber Personen oder Institutionen, die organisatorisch hinter dem Quartiersmanagement stehen, Misstrauen zu schüren. Es geht um die grundlegende Entscheidung, wie neue Strukturen so einzuführen und dauerhaft abzusichern sind, dass die Interessen der Bürger, welche faktisch deshalb "nicht vorhanden sind", weil sie bisher noch nicht organisiert sind, gegenüber Akteuren im Kiez geschützt werden können, die nicht an selbstbewusst handelnden Bürgern, sondern vielmehr an "hilfsbedürftigen Klienten" interessiert sind, mit denen sie ihre eigene Projekt-Existenz versuchen zu legitimieren.

Dieser Zielkonflikt wird dazu führen, dass einige „Macher“ sich zwar wild entschlossen zeigen, untaugliche Strukturen grundlegend zu ändern, - jedoch nur unter einer Bedingung dazu bereit sind, nämlich das alles so weiter geht wie bisher!

Um die nötigen strukturellen Veränderungen herbeizuführen ist eine Million DM natürlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein, dieses Geld reicht aber allemal aus, um (Futter-) Neid, Missgunst und sogar Feindseeligkeit zwischen den Projekten im Kiez "nachhaltig" zu "fördern"!

Das Quartiersmanagement-Soldiner-Straße liegt zwar zufällig in der Koloniestraße trotzdem fände ich es bedauerlich, wenn sich beim (Macht-) Kampf um die immer knapper werdenden Geld-Ressourcen, "koloniale" anstatt kooperative Einstellungen und Verhaltensmuster zwischen den „alteingesessenen Projekten“ im Kiez herausbilden würden. Im Interesse des Kiezes läge es, m.E. die Aufgaben des Quartiersmanagement-Soldiner-Straße (QMS), die in der (treuhänderischen)Trägerschaft für das Landes Berlin ausgeübt werden, möglichst bald auf kiezeigene, dauerhafte Organisationsstrukturen zu überführen und nicht passiv solange abzuwarten, bis sich das QMS (planmäßig) "überlebt hat", (- so wie die große Koalition). Werden die vorhandenen Chancen jetzt nicht genutzt, so geht dem Kiez, beim Wegfall des Quartiersmanagements, eine wichtige, über mehrere Jahre aufgebaute Vernetzungsstruktur unwiederbringlich verloren und das Gefühl der Hilflosigkeit könnte hinterher noch größer sein, als es zuvor jemals war!

Die Vernetzung und der Austausch, sowohl zwischen den Bürgern untereinander, wie auch der Projekte mit den Bürgern stellt die wesentliche Qualität der Arbeit des Quartiersmanagements dar. Durch die Vergabe "der Million" rückt jedoch zunehmend

quantitatives und strategisches Denken in den Vordergrund. Erst nach einem schwierigen Prozess wird sich zeigen, ob die Mitarbeiter der Projekte sowie des Quartiersmanagements und die Bürger(-jury) willens oder in der Lage sind, ihre gemeinsame Vernetzung dauerhaft abzusichern, oder kurzlebigen "Vorteilen" und Scheinerfolgen opfern, die nach kürzester Zeit verpuffen werden.

Bildhaft veranschaulicht könnten wir uns die Frage stellen:

"Was bringt uns mehr, –die einmalige Verteilung einer Torte, -oder die Gründung einer gemeinsamen Bäckerei, in der möglichst viele Beteiligte (dauerhaft) backen können um den Kiez tagtäglich mit frischen Brötchen (oder Pide) zu versorgen?"

Der Aufbau einer Bürgerstiftung für den "Soldiner-Kiez"

In die Hände der Bürgerstiftung würden große Teile der Aufgaben, die das Quartiersmanagement und die Bürgerjury z.Z. im Kiez übernehmen, gelegt werden, ergänzt durch die unten aufgeführten Projekte. Die Bürgerstiftung ist vorrangig „Mittler“ und „Katalysator“, nicht aber „Macher“ und steht somit in keinem Konkurrenzverhältnis zu einem der sozialen Träger vor Ort!

Die Bürgerstiftung übernimmt schrittweise die Finanzierung der folgenden Projekte und bildet somit für die Bewohner und die Kiez-Projekte eine offene Dienstleistungs-Infrastruktur:

- **Pressespiegel, themenbezogenes Pressearchiv**
- **Öffentliche Internetzugänge (=“Internet-Cafe“)**
- **Nachbarschafts-Portal (Standort für einen Kiez-Server mit einem gemeinsamen Portal für die „virtuelle Nachbarschaft“ im Kiez)**
- **Kiez-Call-Center**
- **Archiv Weddinger Projekte, Vereine, Initiativen etc.**
- **Archiv, bzw. Info-Büro für die Lokale Agenda21**
- **PSI Politik, Schüler Internet** (nur während der Pilotfase)
Pilotprojekt gemeinsam mit Schulen aus dem Kiez, oder anderen Bezirken:
(Behandlung politischer Zukunftsfragen im Dialog zwischen Parteien [bzw. der Bundeszentrale für politische Bildung (?)] und Schülern moderiert und vermittelt durch die Lehrer im entsprechenden Unterrichtsfach. Mittels einer abschließenden Auswertung, anhand eines Fragebogens kann jeder einzelne Schüler seine Erwartungen an die Partei richten, die er wählen würde, wenn er schon wählen dürfte.)
- **Freiwilligenagentur**
- **Ausstellungsraum der Möbel der Fam. Max Gattel**

Die Bürgerstiftung sollte zunächst durch Mittel aus dem Quartiersfonds ausgestattet werden um arbeitsfähig zu sein, um sich Ihren Status als echte Stiftung (Zustiftung) erarbeiten zu können!

Wenn alle Beteiligten einverstanden sind, könnte die Bürgerstiftung den Namen der früheren Eigentümer der Prinzenallee 58 erhalten, um ihr Andenken zu bewahren und sie zu ehren. Der Name der Bürgerstiftung wäre dann: **“Gattel-Stiftung“** ! (*Bemühungen zur Umsetzung dieser Idee gibt es bereits seit den Jahren 1988/ 89*)

Mit freundlichen Grüßen

Weitere Informationen zu den Teilprojekten und zur Bürgerstiftung finden sie in den Anlagen!

Trägerschaft in den Jahren 2001- 2003 Das Ziel ist eine unabhängige Trägerschaft ab dem Jahr 2004	Bürgerverein	Bürgerallianz-Soldiner-Kiez <u>Vorschlag:</u> Das Quartiersmanagement Soldiner Straße übernimmt (möglichst) <u>gemeinsam mit allen</u> Kiezprojekten und engagierten Einzelpersonen die Initiative zum Aufbau einer Bürgerstiftung!						
	Bürgerstiftung	Kiez-Geschichte	Privatpersonen	Handwerksbetriebe, Geschäfte, Firmen	Vereine, Initiativen, Projekte,	Schulen, Eltern- und Schülerorganisationen, Schüler-AGs	Verwaltung und Politik	Kirchen und Glaubensgemeinschaften
	Nachfrage: e: Angebot:							
	Pressepiegel, themenbezogenes Pressearchiv, Aktualisierung der Projektbörse	historische und aktuelle Artikel zur Kiez-Geschichte	Möglichkeit sich selbst "aufzuklären" bzw., zu informieren	Infos zu Aktivitäten, Veranstaltungen, Kampagnen	Infos zu Aktivitäten, Veranstaltungen, Kampagnen	Infos zu Aktivitäten, Veranstaltungen, Kampagnen	Infos zu Aktivitäten, Veranstaltungen, Kampagnen	Infos zu Aktivitäten, Veranstaltungen, Kampagnen
	öffentliche Internetzugänge (= "Internet-Cafe")	z.B. Werbung für Kiezwanderungen	Für Internetnutzer, die über keinen eigenen Computer verfügen	Für Internetnutzer, die über keinen eigenen Computer verfügen	Für Internetnutzer, die über keinen eigenen Computer verfügen	Für Internetnutzer, die über keinen eigenen Computer verfügen	Verwaltung und Politik werden mit ihrem Internetangebot von mehr Menschen erreicht.	Für Internetnutzer, die über keinen eigenen Computer verfügen
	Nachbarschafts-Portal (Kiez-Server)	reale Vernetzung durch "virtuelle Nachbarschaft"	reale Vernetzung durch "virtuelle Nachbarschaft"	reale Vernetzung durch "virtuelle Nachbarschaft"	reale Vernetzung durch "virtuelle Nachbarschaft"	reale Vernetzung durch "virtuelle Nachbarschaft"	reale Vernetzung durch "virtuelle Nachbarschaft"	reale Vernetzung durch "virtuelle Nachbarschaft"
	Kiez-Call-Center	gezielte Werbung und Vermittlung von Infos, über Aktivitäten, Veranstaltungen, Kampagnen	gezielte Werbung und Vermittlung von Infos, über Aktivitäten, Veranstaltungen, Kampagnen	gezielte Werbung und Vermittlung von Infos, über Aktivitäten, Veranstaltungen, Kampagnen	gezielte Werbung und Vermittlung von Infos, über Aktivitäten, Veranstaltungen, Kampagnen	gezielte Werbung und Vermittlung von Infos, über Aktivitäten, Veranstaltungen, Kampagnen	gezielte Werbung und Vermittlung von Infos, über Aktivitäten, Veranstaltungen, Kampagnen	gezielte Werbung und Vermittlung von Infos, über Aktivitäten, Veranstaltungen, Kampagnen
	Archiv, bzw. Wedding Projekte-Börse	Darstellung der Aktivitäten und des Organisatorischen Hintergrundes	Darstellung der Aktivitäten und des Organisatorischen Hintergrundes	Darstellung der Aktivitäten und des Organisatorischen Hintergrundes	Darstellung der Aktivitäten und des Organisatorischen Hintergrundes	Darstellung der Aktivitäten und des Organisatorischen Hintergrundes	Darstellung der Aktivitäten und des Organisatorischen Hintergrundes	Darstellung der Aktivitäten und des Organisatorischen Hintergrundes
	Archiv, bzw. Info-Büro für die Lokale Agenda21	Darstellung der Aktivitäten und des Organisatorischen Hintergrundes	Darstellung der Aktivitäten und des Organisatorischen Hintergrundes	Darstellung der Aktivitäten und des Organisatorischen Hintergrundes	Darstellung der Aktivitäten und des Organisatorischen Hintergrundes	Darstellung der Aktivitäten und des Organisatorischen Hintergrundes	Darstellung der Aktivitäten und des Organisatorischen Hintergrundes	Darstellung der Aktivitäten und des Organisatorischen Hintergrundes
	PSI (Politik, Schüler, Internet)	Datensammlung über die Kiez-Geschichte	Referenten zu besonderen Themen	wirtschaftliche Themen im Unterricht, oder auch Praktika	lernen von zivilgesellschaftlichem Engagement	politischen Themen im Unterricht	Aufnahme von Kritik von den Schülern;	Religion/ LER
Freiwilligen-agentur	Vermittlung zwischen Zeitspendern und Angeboten für Freiwilligenarbeit	Vermittlung zwischen Zeitspendern und Angeboten für Freiwilligenarbeit	Vermittlung zwischen Zeitspendern und Angeboten für Freiwilligenarbeit	Vermittlung zwischen Zeitspendern und Angeboten für Freiwilligenarbeit	Vermittlung zwischen Zeitspendern und Angeboten für Freiwilligenarbeit	Vermittlung zwischen Zeitspendern und Angeboten für Freiwilligenarbeit	Vermittlung zwischen Zeitspendern und Angeboten für Freiwilligenarbeit	
Raum mit Möbeln der Fam. Max Gattel	In zeitgeschichtlich nachempfundenen Ambiente der Jahrhundertwende	Touristen, Besucher aus Israel	Veranschaulichung des Lebensstils der Berliner Gründerzeit um die Jahrhundertwende anhand der Produktion von Hüten, bzw. Möbeln der Fam. M. Gattel	Stattreisen-Rundgänge - oder auch als Gruppen-Gesprächsraum	Besuche von Schulklassen im Rahmen des Geschichtsunterrichts	Zusammenarbeit mit dem Heimatmuseum	Referenz durch Virtuelle Visualisierung der Räume und Möbel der Familie Gattel im Jüdischen Museum	
Antrag an den Quartiersfonds- Soldiner Straße - "Bürgerstiftung" (= "Gattel-Stiftung") vom 05.07.01 Antragsteller: Albert Reinhardt, Zempiner Steig 10, 13 503 Berlin Tel.: 4 36 29 74								

Projekt Bürgerstiftung	Baumaßnahmen, Instandsetzungen	Baukosten	Erstbeschaffungen	Kosten für Erstbeschaffungen	Personalkosten, monatlich, für 2 Stellen	laufende Sachkosten, Briefmarken, Gebühren, Verbrauchsmaterial etc. monatlich	monatliche Miete (geschätzt) incl. Nebenkosten für 195m² Fläche	laufende Kosten für einen Monat	laufende Kosten für sechs Monate	laufende Kosten für zwölf Monate	
Ladengrundkosten	Instandsetzungsarbeiten laut Schätzungen der GESOBAU	55.000,00 DM	2 Büroarbeitsplätze Schreibtische, 2 Computer	8.000,00 DM	11.000,00 DM	1.750,00 DM	3.400,00 DM	16.150,00 DM	96.900,00 DM	193.800,00 DM	
Pressespiegel, themenbezogenes Pressearchiv, Aktualisierung der Projektbörse			Kopierer Scanner Drucker	6.200,00 DM		100,00 DM		100,00 DM	600,00 DM	1.200,00 DM	
öffentliche Internetzugänge (="Internet-Cafe")			3 Computer inclusive Software	9.000,00 DM		300,00 DM		300,00 DM	1.800,00 DM	3.600,00 DM	
Nachbarschafts-Portal (Kiez-Server) eventuell auch Einnahmen möglich (?)			Server	18.000,00 DM		300,00 DM		300,00 DM	1.800,00 DM	3.600,00 DM	
Kiez-Call-Center Einnahmen z.B. : zeit-weise Vermietung an anderes Call Center; Trainingsmaßnahmen; Firmenaufträge.			kleine Nebenstellenanlage mit 10 Plätzen	45.000,00 DM	weitere Personalkosten sollten sich durch Aufträge erwirtschaften	Telefongebühren im Nicht- Wirtschaftsbereich sind vom jeweiligen Nutzer zu erstatten					
Archiv, bzw. Weddinger Projekte-Börse			Regale, Hängeregister- schränke	700,00 DM		100,00 DM		100,00 DM	600,00 DM	1.200,00 DM	
Archiv, bzw. Info-Büro für die Lokale Agenda21			Regale, Hängeregister- schränke	700,00 DM		100,00 DM		100,00 DM	600,00 DM		
PSI (Politik, Schüler, Internet)			Regale, Hängeregister- schränke	700,00 DM		500,00 DM		500,00 DM	3.000,00 DM	6.000,00 DM	
Freiwilligen- agentur			Regale, Hängeregister- schränke	700,00 DM		200,00 DM		200,00 DM	1.200,00 DM	2.400,00 DM	
Raum mit Möbeln der Fam. Max Gattel	geschätzte Ausgaben für "stilgerechtes" Rekonstruieren eines Raumes u. der Möbel	9.500,00 DM	Möbeln der Fam. Max Gattel als Schenkung von Frau Ellen Harendt gesch. Rekonstruktion	6.000,00 DM		150,00 DM		150,00 DM	900,00 DM	1.800,00 DM	
	beantragte Baukosten	9.500,00 DM	Inventar und Technik	95.000,00 DM	beantragte Summe für das 1. Jahr (laufende Kosten mit "Erstausrüstung") >>				298.300,00 DM		

Geldstifter und Zeitstifter

Eine Berliner Diskussion über das Engagement der Bürgerstiftungen

Harmonie herrschte auf dem Podium der Veranstaltung „Mit dem Erbe stiften gehen? Bürgerstiftungen stärken die Zivilgesellschaft“, die die Friedrich-Ebert-Stiftung in ihrem neu errichteten Berliner Domizil ausrichtete. Vertreter von vier deutschen community foundations - wie die amerikanische Bezeichnung dieser vor achtzig Jahren in Cleveland „erfundenen“ Stiftungsform lautet - unterhielten sich, verstärkt durch Christoph Mecking, den Geschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, unter Moderation von Olaf Zimmermann vom Deutschen Kulturrat. Es ging also nicht ums Warum, sondern allein ums Wie.

Bürgerstiftungen tun und fördern Dinge, die dem Gemeinwohl dienen und das Miteinander in der Kommune stärken. So wusste Christian von Hammerstein, Vorstandsvorsitzender der Bürgerstiftung Berlin, von einem Hellersdorfer Projekt zu berichten, dem es mit vergleichsweise geringem Aufwand gelingt, notorische Schulschwänzer durch individuelle Betreuung wieder an die Schule heranzuführen. Marianne Tidick (Hamburg), als Ex-Ministerin in Schleswig Holstein die hörbar Geübteste der Diskutanten, gab die schöne englische Losung aus, change instead of charity. Dem haben sich alle Bürgerstiftungen verschrieben; sie wollen nicht als „Ersatzkasse“ auftreten oder als „Reparaturbetrieb“, sondern eigene Vorhaben verwirklichen. Die Hamburger Bürgerstiftung Wirbt denn auch unter dem Slogan „Wir brauchen Ihre Ideen, Ihre Zeit und Ihr Geld“. Die Reihenfolge ist bezeichnend. Mehr und mehr werden „Zeitstifter“ gesucht, Menschen mit Fähigkeiten und Erfahrungen, die Ideen

umsetzen können. Geld benötigen die Stiftungen naturgemäß zum Aufbau eines Stiftungsvermögens - das gesetzliche Minimum beträgt 100 000 Mark -, aus dessen

Erträgen die Projekte finanziert werden. Mehr und mehr aber nehmen Bürgerstiftungen den Charakter

eines Dienstleisters an, der unselbstständige, zweckgebundene Stiftungen unter seinem

Dach versammelt. So steigt der Anreiz zum Stiften - denn der Verwaltungsaufwand erscheint Stiftungswilligen mit bescheideneren Möglichkeiten oft zu hoch.

Über die gesetzlichen Rahmenbedingungen wurde erfreulich wenig gejammert, sie haben sich ja mit der Reform des Stiftungssteuerrechts spürbar gebessert. Jetzt steht die Novellierung des Stiftungsprivatrechts an, insbesondere des überbürokratisierten Errichtungsverfahrens. Ein ungelöstes Problem ist die Unübersichtlichkeit des Gemeinnützigkeitssteuerrechts, das allerlei Zwecke gestattet, die eher in den Bereich der Freizeitgestaltung hinüberreichen.

Angesprochen aber nicht diskutiert wurde in der Stiftung die Abgrenzung von Bürgerstiftung, Verein und Bürgerinitiative. Die Grenzen sind durchaus fließender, als es die strenge Definition der Stiftung als einer auf Kapital gegründeten und auf Dauer gestellten Einrichtung nahe legt. Der Wunsch nach Engagement ist die gemeinsame Triebfeder. Allen gemeinsam ist das skeptische Verhältnis zum Staat, hier den Kommunen.

Die „Wiederentdeckung der Subsidiarität“, für die die Bürgerstiftungen ein Anzeichen sind, stellt die Frage nach den Grenzen sinnvoller Staatstätigkeit. Können und wollen Bürgerstiftungen einen nennenswerten - Teil „entstaatlichter“ Aufgaben übernehmen? Das wäre eine breiter angelegte Diskussion wert.

BERNHARD SCHULZ

Eine Emigrantin erinnert sich

„100 Jahre unter einem Hut“ im Nachbarschaftshaus

WEDDING

Besuch aus Israel können die Bewohner des Nachbarschaftshauses in der Prinzenallee 58 willkommen heißen: Annie Wolff, Tochter des ehemaligen jüdischen Besitzers, ist zur Feier des hundertjährigen Bestehens des Hauses in Berlin.

„1891 wurde die Hutfabrik Gebrüder Gattel von meinem Vater Richard und seinem Bruder Max gegründet“, erzählt Annie Wolff lebhaft. „Ich selbst wurde 1913 geboren und habe das Schiller-Lyzeum in der Pankstraße besucht.“ Gern denkt die alte Dame an das rege Treiben im Kiez in den 20er Jahren zurück: „Besonders oft war ich im Kristallpalast-Kino in der Badstraße.“

1932 wurde die Fabrik der Gebrüder Gattel unter Zwangsverwaltung gestellt. 1933 mußten sie das Gebäude zu einem Spottpreis verkaufen. Im selben Jahr wurde Annie Wolff, die bei der Deutschen Buchgemeinschaft angestellt war, aufgrund ihrer jüdischen Abstammung entlassen.

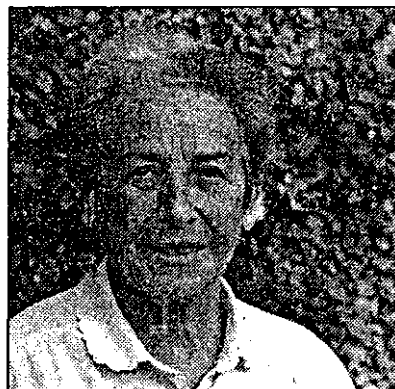
Sie beschloß, nach Palästina auszuwandern. 1936 gelang ihr die Emigration in das heutige Israel. Ihre ältere Schwester Lotte folgte ihr wenig später. Die Gebrüder Gattel und ihre Ehefrauen aber wurden Opfer der Nationalsozialisten.

Während des zweiten Besuches in ihrer Heimatstadt 1988 kam Annie Wolff mit den ehemaligen Besetzern

und heutigen Aktiven des Nachbarschaftshauses in Kontakt. „Ich unterstütze die Arbeit des Projektes voll und ganz und finde es bemerkenswert, mit welchem Einsatz sich die jungen Leute für den Erhalt des Hauses eingesetzt haben“, betont die alte Dame.

Heute werden anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „100 Jahre unter einem Hut“ Annie Wolff, ihre Schwester Lotte Gabbe und ihr Sohn Ezra in der Prinzenallee 58 anwesend sein.

Am 7. September wird Annie Wolff um 16 Uhr selbst im Rahmen des Weddingener „Erzählcafés“ in ihrem Elternhaus von ihren Berliner Erinnerungen berichten.



Annie Wolff

Foto: Gezett

Eva-Maria Vochazer

Berliner Zeitung vom 4.09.1991

/ DIENSTAG, 28. NOVEMBER 2000

Verein erinnert an Juden in Pankow

Jutta Limbach und Christa Wolf gehören zu den Initiatorinnen

Pankow. Ein neuer Verein will das jüdische Lebens erforschen. Er will ein Signal für Toleranz und für Solidarität mit Menschen jüdischen Glaubens setzen, wie die Initiatoren mitteilten. Schirmherrin ist die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts und ehemalige Berliner Justizsenatorin, Jutta Limbach. Dem Verein gehören unter anderen Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) und die Schriftstellerin Christa Wolf an.

Die Mitglieder wollen vor allem die Erinnerung an jüdisches Erbe in Pankow wachhalten. Dazu schaffen sie im ehemaligen Jüdischen Waisenhaus in der Berliner Straße, das derzeit renoviert wird, eine Gedenkstätte. Im historischen Betsaal, der weitgehend originalgetreu wiederhergestellt werden soll, sind ab Frühjahr 2001 Ausstellungen, Konzerte und Gespräche geplant.

Nach Darstellung Jutta Limbachs will die Initiative versuchen, „von unten“ das Miteinander von Juden, Christen und Menschen ohne religiöse Bindung zu befördern. Die Erfahrung lehre, dass „abgehobene Reden nicht viel bringen“, betonte sie unter Hinweis auf die aktuellen Diskussionen um das Vorgehen gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus. Wichtiger sei es, miteinander ins Gespräch zu kommen und sich gegenseitig die Lebensgeschichten zu erzählen.

Ihr Engagement habe jedoch auch einen persönlichen Hintergrund, sagte die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts. Sie sei in Pankow groß geworden und habe dort den größten Teil ihrer Kindheit und Jugend verbracht. Außerdem war ihr Vater von 1946 bis 1948 der letzte sozialdemokratische Bürgermeister des Bezirkes vor der Teilung der Stadt.

Das Jüdische Waisenhaus in Pankow war 1882 eröffnet worden und wurde 1912/13 durch einen Neubau ersetzt, der derzeit rekonstruiert wird. Der prachtvolle Betsaal im zweiten Obergeschoss des Gebäudes nahe dem S- und U-Bahnhof Pankow war vom jüdischen Zigarettenfabrikanten Josef Garbaty gestiftet worden. Zeitweise beherbergte das Haus bis zu 100 Kinder.

Unter dem Druck der Nazis musste das Waisenhaus Ende 1940 geräumt werden. Zwei Jahre später wurde es von der SS beschlagnahmt. Viele der in Pankow lebenden Juden wurden in Vernichtungslager deportiert. Etwa 580 wurden dort ermordet. Zählte die Jüdische Gemeinde 1933 in dem Bezirk noch 2100 Mitglieder, so waren es mitriessende noch 144.

ddp

Albert Reinhardt Prinzenallee 58E, Berlin 65

An den
Kreiskirchenrat Wedding
Nazarethkirchstr. 50

Berlin 65

Berlin, 1.9.1989

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute möchte ich Sie schriftlich über die zukünftige "Gattel Stiftung" informieren mit der Bitte, Mitglied im Kuratorium zu werden.

Fast alle Voraussetzungen zur Gründung dieser Stiftung müssen erst noch geschaffen werden. Dies bedeutet sehr viel Arbeit. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Mitarbeit, diese "Gattel-Stiftung" ins Leben zu rufen.

Den Namen Gattel hörte ich zum ersten Mal 1981 von Herrn Lux, dem früheren Küster der Stephanus Gemeinde. Er berichtete, daß die früheren Eigentümer der Prinzenallee 58, die jüdischen Hutfabrikanten Gebrüder Gattel, ein hohes soziales Ansehen in der Umgebung genossen und das Grundstück Prinzenallee 58 von den damals hier aufgewachsenen Menschen auch heute noch "Bei Gattels" genannt wurde.

Dieser erstaunlichen Präsenz des Namens "Gattel" im Bewußtsein der alten Menschen stand in trauriger Weise gegenüber, daß Herr Lux nichts mehr über das Schicksal der Gattels während oder nach der NS-Zeit zu sagen wußte.

Die Grundbuchakte des Grundstücks Prinzenallee 58 wurde 1951 wegen "Unleserlichkeit" der alten Akte neu angelegt, so daß dort heute leider der Name Gattel nicht mehr in Verbindung mit dem früheren Eigentum der Familie steht und somit auch der "Eigentümerwechsel" nicht dokumentiert ist. Möglicherweise liegt die Ursache für die "Unleserlichkeit" bei nationalsozialistischen Geschäftspraktiken, die besser im Verborgenen bleiben sollten und an die Erinnerungen gern ausgelöscht werden. Doch wir haben die Pflicht, uns zu erinnern, denn wir tragen Verantwortung.

- "●●● wer Eigentum erwirbt, erwirbt auch die mit ihm verbundenen Verträge und sonstigen Verpflichtungen, und auch das Strafrecht erkennt bis hinab zum Sprichwort diesen Gedanken der Verantwortungsübertragung als Grundlegende Norm an; der Hehler ist gleich dem Stehler. Man sagt damit, daß wer Gestohlenes erwirbt, mit ihm auch die Mitverantwortung für den Diebstahl einkauft. Dies macht ihn nicht zum Mitschuldigen, es sei denn, er wisse um den Diebstahl und lehne die Verantwortung ab - dann ist er ein Hehler und auch mitschuldig. (FR-Dokumentation, 8.7.89, Jan Philipp Reemtsma)

Das Verfahrensgutachten zur planungs- und nutzungsrechtlichen Situation auf dem Grundstück Prinzenallee 58 in Berlin Wedding wurde im März 1989 fertiggestellt und sieht u.a. die Möglichkeit vor, eine Stiftung zu gründen.

" Wir haben die folgenden Verfahrenswege untersucht und mit den Vereinsmitgliedern erörtert;

1. Abschluß eines neuen Nutzungsvertrages zwischen Panke-Park und Verein
2. Kauf des Grundstücks durch den Verein
3. Kauf des Grundstücks durch das Land Berlin und Vergabe eines Erbbaurechtes an die Nutzergruppe als Genossenschaft
4. Kauf des Grundstücks durch das Land Berlin und Vergabe des Grundstücks an einen sozialen Träger (Martinswerk), der mit dem Verein einen langfristigen Nutzungsvertrag schließt
5. Errichtung einer Stiftung des öffentlichen oder privaten Rechts, die mit dem Verein einen langfristigen Nutzungsvertrag schließt.

Unter Berücksichtigung der vorläufigen Ergebnisse der Gespräche mit den Vereinsmitgliedern beurteilen wir diese Konstruktion wie folgt:

... zu 5) Von einem Vereinsmitglied wurde schon vor längerer Zeit der Vorschlag gemacht, als Trägerschaft für das Fabrikgelände eine Stiftung ins Leben zu rufen, die zur Erinnerung an die ehemaligen während der Nazizeit enteigneten und ermordeten Eigentümer "Gebrüder-Gattel-Gedenk-Stiftung" genannt werden soll. So wünschenswert die Realisierung dieses Vorschlags vor dem geschichtlichen Hintergrund des Grundstücks ist, haben wir doch Zweifel bezüglich einer kurzfristigen Verwirklichung. Für eine Stiftung des privaten Rechts müssten Stiftungsgeber (Mäzene) gefunden werden, die ca. 40-50% der notwendigen Anschaffungskosten für das Grundstück aufbringen, damit dieses Modell wirtschaftlich zu den Modellen 3) und 4) passt. Wenn hier an eine Stiftung öffentlichen Rechts gedacht ist, bestehen Zweifel, ob der auf ein einzelnes Grundstück zielende Stiftungszweck übergeordneten Landesinteressen oder gar hoheitlichen Aufgaben dient.

Grundsätzlich sollte die endgültige Wahl einer Trägerschaft für das Grundstück dem Verein überlassen bleiben."

Ob das Grundstück in Zukunft dem Land Berlin, oder der "Gattel-Stiftung" gehören wird, müsste für die Bewohner, zumindest soweit das ihre eigenen (Rechts-) Ansprüche betrifft, praktisch ohne jeden Belang sein, denn als Folgeeigentümerin des Landes Berlin wäre die "Gattel-Stiftung" an alle mit dem Eigentum verbundenen Verträge und sonstigen Verpflichtungen gebunden. Die Bewohner haben also durch eine Stiftung als Eigentümerin weder finanzielle noch rechtliche Nach- oder Vorteile zu erwarten.

Frau Anni Wolff, Tochter von Ella und Richard Gattel heute wohnhaft in Israel, schrieb am 1.6.88 einen Brief an den Bezirksbürgermeister Spiller.

" Im Jahre 1978 sah ich Berlin mit Einladung vom Senat, zusammen mit meinem leider inzwischen verstorbenen Mann Günter, ebenfalls in Berlin geboren, wieder. Wir besuchten auch mein Elternhaus, sprachen aber nicht mit einem von den Mietern. Am 20 Mai (1988) war mein Sohn, der bereits in Israel vor 50 Jahren geboren wurde, vom Senat eingeladen, denn er wollte seine Wurzeln kennenlernen .Ich begleitete ihn. Wir besuchten gemeinsam die Prinzenallee 58 und sprachen mit einigen der jungen Menschen, die Wohnungen in den ehemaligen Fabrikräumen bewohnen. Als ich sagte, daß ich dort einmal gewohnt habe, sprachen sie mich gleich auf meinen Mädchennamen an, was mich sehr berührte und erstaunte. ... Die jungen Leute erzählen mir, daß sie eine Stiftung auf den Namen " Gebr. Gattel" ins Leben rufen möchten, womit meine in Israel lebende Schwester Lotte Gabbe und ich uns einverstanden erklärt haben. Es wäre uns eine große Freude und Genugtuung -nach allem, was über uns hereingebrochen ist, -wenn der Name meiner Familie nicht ganz vergessen würde."

Als formale Voraussetzung zur Gründung einer Stiftung, ist es notwendig, daß als Stiftungsmasse eine Geldsumme von mindestens 100.000 DM zur Verfügung steht. Mit diesem Geld (um das ich mich bemühen werde) könnte es gelingen, zunächst die Stiftung zu gründen. Gleichzeitig könnte die "Gattel-Stiftung" selbst den Anspruch erheben, das Grundstück Prinzenallee 58 als Stiftungsmasse vom Land Berlin zu übernehmen. Der Stiftungszweck sollte wie folgt formuliert werden.

Im Sinne des §10 Abs. 1 Estg. ist der Zweck der Stiftung (12) " die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens" .

Insbesondere sollte die Stiftung die Durchführung von

kulturellen Veranstaltungen in Form von Veranstaltungsreihen fördern, die alle Aspekte umfassen können, die dazu geeignet erscheinen, anderen die eigene Kultur (Heimat, Politik, Wissenschaft, Kunst, Geschichte usw.) zu vermitteln. Die Verteilung der Kompetenzen sollte so angelegt sein, daß der jeweiligen Kulturgruppe möglichst viel Handlungsspielraum zur Verfügung steht, ihre künstlerischen Ideen durchzuführen •

Die Aufgabe des Kuratoriums wäre es die Geschäftsführung des Vorstandes zu überwachen. Es hat die Verwaltungsrechnung des Vorstandes zu prüfen und über dessen Entlastung alljährlich zu berichten. Das Kuratorium bestellt den Vorstand. Ein Kuratoriumsmitglied kann nicht gleichzeitig Vorstandsmitglied sein.

Da ich eine möglichst, vielfältige Darstellung der einzelnen Länder in Form von Veranstaltungsreihen für wünschenswert halte, sollte das Kuratorium meiner Meinung nach mit Vertretern oder Einzelpersonen verschiedenster Organisationen besetzt werden.

In diesem Zusammenhang gedenke ich anzusprechen; Caritas, Arbeitsgemeinschaft Solidarische Welt e.V., Cultur Cooperation e. V., Stiftung Umverteilen, H D K , B A Z , Paritätischer Wohlfahrtsverband, Verband für sozialkulturelle Arbeit, u.a.m.

Ich teile mit der Kreissynode Wedding die Besorgnis über die gerade im Wedding wieder auflebende Ausländerfeindlichkeit und nationalsozialistische Bestrebungen

und möchte mich wie Sie dafür einsetzen, "daß eine fremdenfreundliche Haltung ein wichtiger Teil unserer eigenen Identität werden soll."

Meiner Meinung neigen wir Deutschen, in der Unsicherheit im Umgang mit unserer Geschichte jedoch häufig dazu, unseren Mangel an Identität dadurch auszugleichen, daß wir die "Schuld" an unserer "Vergangenheit" auf andere abschieben. Ist es wirklich ernsthafte Besorgnis um unsere

Demokratie, oder echte Empörung über menschenverachtende Parolen, oder "brauchen" wir diese radikalen Minderheiten geradezu um uns selbst, durch die Distanzierung (Denunziation) von ihnen, wieder als "gute" Deutsche sehen zu können.

Ist es nicht entwürdigend für die Opfer und ihre Angehörigen und beschämend für uns, daß wir unsere "Bestürzung" und unsere "Anteilnahme" immer nur dann zum Ausdruck bringen, wenn uns durch die Schandtaten vereinzelter Irrläufer der "passende" Anlaß dazu geboten wird.

Ich hoffe, daß die "Gattel-Stiftung" für möglichst viele Menschen auch und gerade alltägliche Anlässe bieten wird, sich an die Opfer der NS-Verbrechen zu erinnern und somit deren Andenken zu bewahren.

Ebenfalls hoffe ich, daß sie einen aktiven Beitrag dazu leisten kann, kulturelle Barrieren abzubauen, indem sie möglichst vielen Menschen dabei hilft, zu einem toleranteren und verständnisvolleren Umgang miteinander zu finden.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie Frau Fiebig damit betrauen würden, zunächst am Aufbau der Stiftung, sowie danach als Mitglied im Kuratorium (oder Vorstand) der

"Gattel-Stiftung" mitzuarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen

(Albert Reinhardt)